

European Commission
Directorate-General Climate Action
Unit A4 -
Strategy and Economic Assessment
Avenue de Beaulieu, 24
B-1049 Bruxelles
Belgium

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, BearbeiterIn
TÜ/SA

Klappe (DW) Fax (DW)
39204 100265

Datum
01.07.2013

**Konsultation - Grünbuch der Europäischen Kommission „Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030“ (COM(2013) 169 final)
BAK Reg. Nr.: 23869471911-54**

Der Österreichische Gewerkschaftsbund – der als Dachorganisation aller Fraktionen, Branchen sowie Regionalverbände mit Stichtag 31.12.2012 insgesamt 1.203.441 Mitglieder vertritt – übermittelt Ihnen nachfolgenden Beitrag zur öffentlichen Konsultation über den künftigen Rahmen der Klima- und Energiepolitik:

4.1. Allgemeine Fragen

Welche Erfahrungen aus dem energie- und klimapolitischen Rahmen bis 2020 und dem derzeitigen Stand des Energiesystems der EU sind für die Gestaltung des Politikrahmens bis 2030 am wichtigsten?

Vom heutigen Standpunkt aus betrachtet ist der Abschluss des Kyoto-Protokolls (1997) zeitlich annähernd gleich weit entfernt wie die projizierte Klima- und Energiepolitik der EU im Jahr 2030.

Zwar kann man sagen, dass rechtzeitig vorgenommene und akkordierte Festlegungen, insbesondere mit den Entscheidungsträgern in den relevanten Institutionen (wozu auch die Gewerkschaften zu zählen sind) einen gewissen Rahmen für langfristige politische und wirtschaftliche Entscheidungen darstellen. Insofern sind die Erfahrungen aus dem bisherigen energie- und klimapolitischen Rahmen durchaus positiv zu beurteilen.

Allerdings ist gleichzeitig festzustellen, dass die EU-Klimapolitik eine Eigendynamik bekommen und sich im Laufe der Zeit sowohl von der Energiepolitik als auch der Industriepolitik als auch von den technischen Möglichkeiten zunehmend losgelöst hat und deshalb Gefahr läuft, mehr und mehr zu versteinern.

Die ursprünglich zugrunde gelegte langfristig angelegte wirtschaftspolitische Überlegung, die europäische technologische Frontstellung im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik im Wege internationaler Abkommen zu einem globalen Umwelt- bzw. Klimaabkommen zu führen, ist aus mehreren Gründen an ihre Grenzen gestoßen.

- Obwohl dem gesamten Programm eine strategische europäische Überlegung zu Grunde lag, wurde es verabsäumt die technologisch führenden Unternehmen gegen (feindliche) Übernahmen bzw. den Verkauf der relevanten Unternehmensteile an das Nicht-EU-Ausland abzusichern. Das hat sich insbesondere im Zuge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise gerächt und mehr noch - ist heute auf der Tagesordnung bei Verhandlungen über unfaire Handelspraktiken mit wichtigen Wirtschaftspartnern der EU.
- Einen Schutz vor derartigen Übernahmen in wichtigen strategischen Bereichen sieht die europäische Politik bis heute nicht vor. Während die Europäer sich hier beinahe naiv verhalten, gehen beispielsweise die USA mit gradliniger Direktheit vor, wenn es um die Begründung ihrer strategischen Interessen geht.
- Wesentliche Wirtschaftspartner der EU stellen wichtige Sektoren des globalen Systems der Klimaschutzabkommen außerhalb desselben bzw. drohen mit Nichtunterzeichnung oder dem Austritt. Während sich die bisherige Verhandlungsposition der EU im Grunde auf die technologische Vormachtstellung stützen konnte, wird diese nunmehr teilweise wirkungslos, während die Kommission ungeachtet dessen am eingeschlagenen Kurs festhält.

4.2. Zielvorgaben

4.2.2., 4.2.4., 4.2.5.

- Rückblickend hat es sich gezeigt, dass der Fortschritt über die langfristige Ausrichtung der Klima- und Energiepolitik sich in hohem Maße in fruchtlosen Konfrontationen über absolute und relative Reduktionsziele erschöpft hat. Abgesehen davon, ob die absoluten langfristigen Reduktionsziele technologisch überhaupt möglich sind, wurden die Effekte für Europas Wirtschaft und den dort Beschäftigten für den Zeitraum 2030 nur unbefriedigend ausgeleuchtet.
- Die Vorgaben, dass bestimmte Reduktionsziele zu erreichen sind, lassen nach Auffassung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes insbesondere außer Acht, dass im Jahr 2030 Europa bevölkerungsmäßig gegenüber dem Rest der Welt zurückfällt und dort jedoch angesichts des deutlich höheren Bevölkerungswachstums und unter der Annahme eines durchschnittlichen Wirtschaftswachstums eine große Marktdynamik - sowohl nachfrage- als auch angebotsseitig - gegeben sein wird. Hier erhebt sich die entscheidende Frage für die zukünftige Ausrichtung Europas, ob unter diesem globalen Gesichtspunkt die Einkommensposition Europas gehalten werden kann.
- Schon von diesem Blickwinkel ausgehend, hätte die Klima- und Energiepolitik wesentlich stärker auf die tatsächlichen Potenziale der europäischen Industrien und den Skills der Beschäftigten in diesen Bereichen Bedacht nehmen müssen, auch unter Inkaufnahme von Abstrichen hin zu realistischen Zielvorgaben.

- Insgesamt wird neben den angeführten gesamtwirtschaftlichen Effekten die Kosteneffizienz bei den erneuerbaren Energien aus ÖGB-Sicht viel zu gering bewertet. Dasselbe gilt für die Frage der Beschäftigung, der Entwicklung, der Wertschöpfung und vor allem auch von Verteilungsfragen. Es ist ein gewisser Anachronismus, dass im Bereich der erneuerbaren Energien europaweite Rechtssysteme etabliert wurden, die den Erzeugern Abnahmegarantien ihrer erzeugten Mengen, zu langfristig garantierten Preisen, bei gleichzeitigen Investitionsförderungen und steuerlichen Vorteilen, einräumen - Elemente, die beispielsweise bei den öffentlichen Dienstleistungen, oder weitergefasst in Hinblick auf die Etablierung eines sozialen Europas, geradezu als undenkbar erscheinen.
- Von der Verteilungsseite her betrachtet ergibt sich das Bild, dass die Nutznießer aus der bisherigen Klima- und Energiepolitik in den Kreis der Eigentümer, Aktionäre bzw. allgemeiner dem gehobenen Mittelstand zuzuordnen sind und die Lastenverteilung bei den Beschäftigten (Abwanderungsdruck) bzw. den Masseneinkommen (Steuerlast entfällt in hohem Maße auf Massensteuern) zufällt.

4.3. Instrumente

- Österreich wird bis weit in die 2020-er Jahre erfreulicherweise eine wachsende Bevölkerung aufweisen, das allein erfordert schon ein relativ starkes Wirtschaftswachstum. Dazu kommt, dass mittelfristig rund 2 Prozent reales Wirtschaftswachstum erforderlich sind, damit die Gesamtbeschäftigung stabil gehalten werden kann. Die langfristige Analyse zeigt jedoch, dass für 1 Prozent reales Wachstum ca. 0,6 Prozent mehr Energie benötigt wird.
Weder das erforderliche Wirtschaftswachstum noch die notwendige Effizienzsteigerung hinsichtlich Energie und damit auch die Verbesserung beim Klimaschutz, werden vom Österreichischen Gewerkschaftsbund in Frage gestellt. Offen ist aber, ob die europäischen Leitindustrien, die in hohem Maße ausschlaggebend für die hochspezialisierten österreichischen Zulieferer sind, ihre Hauptaktivitäten (auch als Folge der europäischen Energie- und Klimaschutzpolitik) weiterhin in Europa haben werden, oder außerhalb davon. Es sind aber diese Sektoren, die heute die betriebswirtschaftliche Substanz, die maßgeblichen Technologien und ihre Weiterentwicklung und vor allem auch die Fertigkeiten der Beschäftigten in den Unternehmen aufweisen, damit die künftigen EU-2030-Ziele in der Klima- und Energiepolitik überhaupt umsetzbar sind.
- Im Gefolge der EU-Energierichtlinie steht das in Österreich im Verfassungsrang stehende mehrheitliche öffentliche Eigentum bei der Stromerzeugung unter Druck. Unausgesprochen damit geht auch die Verfügungsgewalt über die größten Wasserreserven Österreichs einher. Die Position des Österreichischen Gewerkschaftsbundes zu diesen Punkten wurde beim 18. ÖGB-Bundeskongress (18. bis 20. Juni 2013) bestätigt, d.h. der Österreichische Gewerkschaftsbund steht zum mehrheitlichen Eigentum im Verfassungsrang und wendet sich strikt gegen die Privatisierung von Wasser.
- Der Österreichische Gewerkschaftsbund betont den Umstand, dass in den Unternehmensbereichen im Industrie-, Energie- und Umweltsektor die Beziehungen

ArbeitnehmerInnen-ArbeitgeberInnen von herausragender Bedeutung sind, was in den weiteren Überlegungen der EU-Kommission besser verankert werden soll.

4.4. Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit

Auf welche Elemente des klima- und energiepolitischen Rahmens sollte mehr Gewicht gelegt werden, um die Schaffung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern?

Der Österreichische Gewerkschaftsbund sieht ein zunehmendes Problem darin, dass die Zusammenhänge hinsichtlich Arbeitsplätzen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit - noch dazu, wenn es sich um sehr lange Zeiträume handelt - zunehmend nebensächlich gegenüber Klimaschutzperspektiven eingestuft werden. Selbstverständlich ist aus der Sicht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes der Schaffung von Arbeitsplätzen (die damit ein akzeptables Auskommen ermöglichen) der Vorrang zu geben. Allerdings wurde bereits ausgeführt, dass ohne Bedachtnahme auf die gegebene Ausstattung der einschlägigen Unternehmen mit Technologie und Skills der Arbeitskräfte in Verbindung mit einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik, die Umwelt- und Klimaziele bezogen auf das Jahr 2030 nicht erreichbar sein werden.

Die Wettbewerbsfähigkeit ist nicht nur eine Frage Europas im internationalen Umfeld, sondern wird hier als unter den einzelnen Energieträgern, deren Kosten, wer diese trägt, den Transferleistungen, Steuerbegünstigungen etc. verstanden.

4.4.3

Die hohen Energiekosten in der EU sind neben der Importabhängigkeit bei Öl und der wettbewerbspolitischen Zurückhaltung der Kommission im internationalen Preisbildungsprozess zum Teil hausgemacht.

Die Kosteneffizienz bei den erneuerbaren Energieträgern spielt bislang nur eine nachrangige Rolle. Beim Ausbau der Wasserkraftreserven gibt es angesichts verbreiteter Widerstände von europäischer Seite für die EU-Mitgliedsländer keine Unterstützung. Der Ansatz die Energieeffizienz zu steigern bzw. den Energieverbrauch zu reduzieren, geht zum Teil an den Tatsachen vorbei: große Teile der Konsumgüterindustrien wurden aus Europa mehr oder weniger vollständig ausgelagert - die technologische Entwicklung und Entscheidung in Richtung Effizienz verlagert sich damit ebenfalls; darüber hinaus gibt es Wirtschaftswachstum und Aufholprozesse bei den EU-Mitgliedsländern mit geringen Einkommen. Die Frage des künftigen Umgangs mit Schiefergas in Europa bedarf aus gewerkschaftlicher Sicht noch einer umfassenden Darstellung.

4.4.5.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund führt hier insbesondere die Frage ins Treffen, wie angesichts der strategischen Bedeutung des Klima- und Energiesektors und der darunter fallenden Unternehmen bzw. der dort Beschäftigten, feindliche Übernahmen durch Unternehmen aus Nicht-EU-Ländern bzw. Verkäufe dorthin, europäisch zu handhaben sind.

4.4.6.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund wendet sich gegen eine Zweckbindung von Versteigerungserlösen der Zertifikate um dadurch die Innovationsfähigkeit zu steigern. Für die lange Periode bis 2030 erscheint es wesentlich zweckmäßiger zu sein innerhalb des EU-Budgets Umschichtungen vorzunehmen.

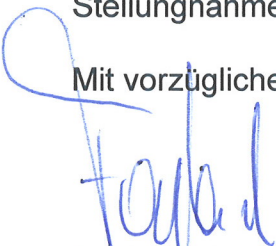
4.4.7.

Die Erschließung unkonventioneller Energiequellen scheint sich insbesondere auf Schiefergas zu beziehen, dazu erscheint es aus österreichischer Sicht als Notwendigkeit, dass Erstens die entsprechenden Studien - unter Beteiligung aller relevanten Akteure der Gesellschaft - erstellt werden und Zweitens im F&E-Bereich eine Offensive gestartet wird, die in die Richtung geht, wie ein allfälliger Abbau unter Minimierung der Umweltschäden und allfällig auch des Wasserverbrauchs am besten möglich ist.

Unterbelichtet sind die allgemeinen, über den Kfz-Bereich hinausgehenden Potenziale der Brennstoffzelle.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund ist mit der Veröffentlichung der gegenständlichen Stellungnahme einverstanden.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Erich Foglar
Präsident



Mag. Bernhard Achitz
Leitender Sekretär